

Verantwortliche
Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Foulke,

für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redakt. Theil:

J. Kachfeld,

sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den

Inseratentheil:

J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition in
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Hof. Ad. J. Schick, Postleitzahl.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Hof. Ad. J. Schick, in Straus
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Jakob
Hoffe, Hausenstraße 1, Posen.
G. J. Pante & Co., Juchaczewski.

Nr. 871

Sonnabend, 12. Dezember.

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
138. Sitzung vom 11. Dezember, 1 Uhr.

Die erste Verhandlung der Handelsverträge wird fortgesetzt.

Staatssekretär im Auswärtigen Amt Frh. v. Marschall: Die lebhaften Angriffe des Herrn Grafen Kanitz gegen die verbündeten Regierungen nötigen mich zu einer kurzen Erwidmung. Am charakteristischsten für seine wirtschaftliche Anschauung war die Behauptung, daß die Denkschrift, welche zur Begründung der Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt ist, erkennen lasse einen liberal-freihändlerischen Geisteszustand. Die Denkschrift ist in der handelspolitischen Abtheilung meines Ressorts ausgearbeitet worden und hat, bevor sie an das Reichstanzleramt ging, meine Durchsicht passiert. Ich habe also das Recht, das Epitheton eines liberal-freihändlerischen Geisteszustandes auch auf meine Person zu beziehen (Heiterkeit), ein Vorwurf, der durch den Inhalt der Denkschrift leicht widerlegt wird. Die Denkschrift bekennt sich unbedingt und rückhaltlos zu der Zollreform des Jahres 1879, indem sie auspricht, daß es damals notwendig gewesen sei, zum Schutz der nationalen Produktion einzutreten. Wenn das Namen „liberal-freihändlerisch“ verdient, was hat denn wohl der geehrte Herr für Anschauungen darüber, bei welchem Moment dann eigentlich der Schutz beginnt? (Sehr richtig! links.) Bei dem Grafen Kanitz scheint der Schutz überhaupt erst mit einem Zoll von 5 M. zu beginnen. (Heiterkeit.) Als 1879 die Regierung einen Zollfuß von 1 M. für Weizen, von 50 Pf. für Roggen vorschlug, da sah es Graf Kanitz als eine große That an, daß es ihm gelang, den Roggenzoll von 50 Pf. auf 1 M. zu erhöhen, und 1885, als der Getreidepreis weit niedriger stand als heute, wurde ein Schutzfuß von 3 M. für genügend erachtet. Die Leute, die zu jenen Zeiten mit Eifer und Erfolg für die Landwirtschaft eingetreten sind, werden eine gewisse schmerzliche Empfindung nicht los werden können, wenn sie aus dem Munde des Grafen Kanitz vernahmen müßten, daß sie damals auf den Pfaden des öftesten Freihandels gewandelt sind. (Heiterkeit.) Während die Regierung unüberbrücklich festhält an den Grundlagen der Zollreform von 1879 im Sinne eines mächtigen Schutzes der nationalen Arbeit in Landwirtschaft und Industrie, ist diese Zollreform für den Grafen Kanitz längst ein überwundener Standpunkt, und er stellt heutzutage Ansprüche, die keine Regierung, welcher Richtung sie auch angehören möge, jemals erfüllen kann. (Sehr wahr.)

Nun soll eine Verschwörung der ungarischen Großgrundbesitzer berichtet haben, die Getreidezölle 1887 unter das Niveau von 1886 herabzudrücken. Da hätte Graf Kanitz allen Anlaß, der Regierung Dank dafür zu wissen, daß sie diesem Plan so entschiedenen und erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt hat.

Graf Kanitz hat gestern Herrn von Schraut ganz falsch zitiert. Es handelt sich nicht darum, die Exportinteressen über das Interesse der Sicherung des einheimischen Marktes zu stellen, sondern darum, über die Sicherung des einheimischen Marktes den Export nicht zu ruinieren. Der Export ist ein wichtiger Faktor unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens, und ein wesentlicher Rückgang des Exports in Deutschland würde allen Theilen und auch der Landwirtschaft von großem Schaden sein. Kein Satz ist so richtig, kein System so unanfechtbar, daß es nicht durch einseitige Uebertreibung, durch einseitige Verfolgung bis in die Konsequenzen von Grund aus ruiniert werden kann. (Sehr wahr! links.) Und vor allem in handelspolitischen Dingen thut ein verständiges Maßhalten wohl. In Deutschland wird das Schutzsystem ein mäßiges sein, oder es wird nicht sein. (Hört! hört!) Nur wenn es gelingt, die Mittellinie zu ziehen, einen billigen Ausgleich zwischen allen Interessen zu finden, dann wird das Schutzsystem in Deutschland Bestand haben. Wenn wir heute eine ähnliche Kraftprobe machen würden wie früher, so würde nur kurze Zeit genügen, um einen Umwälzung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, und die Tage des Schutzsystems wären gezählt. Es läßt sich bald die Zeit, wo die Erkenntnis in weiten Kreisen des Volkes sich Bahn bricht, daß für einen wichtigen Faktor in unserem wirtschaftlichen Leben, in unserem Export auf diesem Wege kein Raum ist.

Die Freihändler haben ihre Angriffe bisher wesentlich dahin gerichtet, daß man mit dem Schutzsystem niemals zu Tarifverträgen komme. Die Anhänger des Schutzsystems aber verlangten nur genügend Zeit, um sich für solche Verträge zu rüsten. Nun ist die Zeit gekommen, wo wir genug gerüstet sind. Wenn wir nicht jetzt Vorkehrungen treffen, so wird der Krieg aller gegen alle in kurzer Zeit beginnen. Wenn ich Demokrat wäre, was ich nicht bin, dann würde ich nicht über die jetzigen Verträge triumphieren, sondern am meisten dann, wenn die Anschauung des Grafen Kanitz zur Geltung käme.

In den Worten des Grafen Kanitz: die Bevölkerung soll auch wissen, daß sie noch nicht ganz verlassen ist, liegt ein Vorwurf gegen die verbündeten Regierungen, den ich mit aller Entschiedenheit zurückweise. Die Regierung ist sich der Bedeutung der deutschen Landwirtschaft voll bewußt und wird alles thun, was im Interesse der Landwirtschaft ist. Die Vorschläge des Grafen Kanitz aber kann sie allerdings nicht acceptiren. Er hat sich auch in Widerspruch mit sich selbst gelegt, wenn er im ersten Theil seiner Rede der Regierung den Vorwurf macht, daß sie an dem bevorstehenden System nicht festhalte, und im letzten Theil eine Suspension befürwortete. Die deutschen Bauern wissen sehr wohl, daß ein Schutzfuß von 3,50 M. in der Hand viel werthvoller ist als ein Schutzfuß von 5 M., den sie einmal aus der Hand geben müßten, und bezüglich dessen Wiedererlangung sie keine weitere Garantie besitzen als die Ueberzeugung des Grafen Kanitz. Der Vorschlag des Herrn würde der Landwirtschaft gerade zum größten Schaden gereichen. Die Landwirtschaft hat ein Interesse an einem stabilen mäßigen Schutzfuß, aber kein Interesse daran, einen hohen Schutzfuß zu genießen und dabei abhängig zu sein von der Konjunktur des Weltmarktes, einen Schutzfuß, der durch Agitationen wieder zeitweilig aufgegeben werden muß. Dieser Abhängigkeitszoll ist ein erbärmlicher Zustand. Die Regierung erachtet einen

Schutzfuß von 3,50 M. für notwendig, aber ausreichend. Sie wird sich nicht entschließen, den Vorschlägen des Grafen Kanitz näher zu treten, weil sie in der Ausführung derselben eine schwere Schädigung für die Landwirtschaft erblickt. (Beifall; Abg. Graf Kanitz bittet ums Wort.)

Abg. Broemel (ds.): Daß ich und meine politischen Freunde sich zu dem in den Verträgen enthaltenen, bedarf nach unserer ganzen Haltung in der Handelspolitik keiner besonderen Hervorhebung. Nicht als ob wir darin eine Reform sehen, die alle unsere Wünsche befriedigt, aber wir finden, daß die deutsche Regierung mit dem Abschluß dieser Verträge auf dem richtigen Wege ist, und wir hoffen, daß sie auf diesem Wege in Zukunft fortfahren wird. Wir können danach den Verträgen mit einer gewissen Ruhe gegenüberstehen, aber auch der Diskussion selbst gegenüber diese Ruhe beobachten; denn die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß es sich in dieser Frage wesentlich um eine Auseinandersetzung zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Herrn Agrariern handelt. Auch vom Bundesrathstische sind recht scharfe Worte gegen die Unterthier dieser bisherigen Zollpolitik gerichtet worden. Allerdings halte ich die Bezeichnung „liberal-freihändlerisch“ nicht für einen Vorwurf, sondern für einen Ehrentitel. Aber sowohl der Reichstanzler wie der Staatssekretär haben eine Reihe von Behauptungen gemacht, welche in ihrer Gesamtheit die schärfste und bitterste Kritik der bisherigen Politik enthalten. Der Reichstanzler fragte den Grafen Kanitz, wo für ihn der Zoll beginne. Nun, für mich beginnt er mit dem ersten Pfennig Zoll. (Sehr richtig! links.) Nirgends ist so wie hier der Satz richtig: principis obsta. Wir haben es ja erlebt, daß in einem Zeitraum von 8 Jahren der Zoll auf die zehnfache Höhe gebracht wurde. Ich freue mich, daß es der Reichstanzler war, der eine solche Kritik an der Wirkung der Zollpolitik übte. Wenn ein Freihändler eine solche Kritik geübt hätte, so würde man ihm den Vorwurf machen, daß das nur theoretische Erwägungen seien. Die Verschärfung der Situation in Deutschland ist allerdings erst dadurch gekommen, daß nahe dem Ablauf der Tarifverträge Frankreichs mit einer Reihe anderer Staaten in Europa eine Schutzpolitik Platz griff, welche die wirtschaftliche Arbeit der Nationen auf das schwerste bedrohen mußte. Auch wenn die alte Regierung noch an ihrem Blase wäre, so hätte sie sich entschließen müssen, nun eine Verringerung ihres Systems vorzunehmen, aber es wäre nicht allein bei uns, sondern auch in dem größten Theil von Europa die schwerste wirtschaftliche Krise herbeigeführt. Der Nutzen der Handelsverträge ist eben, daß sie uns vor den schlimmsten Folgen jener Abschließungspolitik bewahren. Wenn in irgend einem Falle, so können wir einen nationalen Stolz darüber haben, daß Deutschland es war, das in dieser entscheidenden Stunde den Weg der handelspolitischen Verträge eingeschlagen hat, (Beifall links) und damit, wie wir hoffen dürfen, die handelspolitische Zukunft Europas wieder geistert hat.

Noch schlimmer als die Zollpolitik von 1879 im Allgemeinen hat der Herr Reichstanzler die Getreidezölle verurtheilt. Er erkennt an, daß die Regierung eine Kraftprobe gemacht hat, welche der Staat auf die Dauer nicht bestehen kann. Seine Bemerkungen richteten sich in erster Linie an die Agrarier, aber 1887 waren es nicht bloß die Agrarier, welche die Kraftprobe machten; es waren die deutschen Regierungen, welche den Antrag stellten, den Zoll sogar auf 6 Mark hinaufzuschrauben. (Sehr wahr! links.) Die Regierung würde sich das größte Verdienst um die nationale Wohlfahrt erwerben, wenn sie dieser Interessenpolitik eine Schranke setzt und dem weiteren Vordringen solcher agrarischer Forderungen einen Halt gebietet und uns selbst vor der Möglichkeit schützt, daß eine andere Reichsregierung einst wieder solche agrarischen Forderungen in Schutz nehmen könnte.

Die gegenwärtige Regierung hat die Zollpolitik als eine Erbschaft vom Fürsten Bismarck übernehmen müssen; und auf keinem Gebiete ist es so schwer, eine Erbschaft los zu werden, wie auf diesem. In anderen Fragen läßt sich durch die Gesetzgebung eine Besserung herbeiführen, aber hier haben wir auch mit den Verhältnissen des Auslandes zu rechnen. Ueberall hat die Lehre vom Schutz der nationalen Arbeit, wie sie Fürst Bismarck, unser Kollege, den wir leider in diesem wichtigen Moment nicht auf seinem Platze finden, gepredigt hat, Wurzel gefaßt. Heute hat die deutsche Regierung nicht allein mit den agrarischen und schutzpolitischen Interessen im eigenen Lande, sondern auch in anderen Ländern zu thun. Es ist so leicht keine Regierung vor eine so schwere Aufgabe gestellt worden, wie die deutsche Regierung in diesem Falle. Für eine freiheitliche Regierung ist es sehr leicht, Handelsverträge abzuschließen. Wenn aber eine Regierung, welche selbst auf schutzpolitischem Standpunkt steht, andere schutzpolitischer Regierungen zu Vereinbarungen veranlaßt, welche durchweg Verkehrserschwerungen und Zollherabsetzungen in sich schließen, so ist das eine Aufgabe der allerhöchsten Art, für die ihr die aufrichtigste Anerkennung gebührt. Wer einmal Zollschutz genießt, will ihn nicht wieder entbehren; alles verlangt Zollerleichterungen im Auslande, widersteht sich aber Zollherabsetzungen im eigenen Lande. Die gegenwärtigen Handelsverträge sind ein Ausdruck dafür, daß solche Ansprüche nunmehr in den Hintergrund geschoben worden sind, und das allgemeine Interesse wieder ausschlaggebend werden soll. Ich freue mich jeder Zollherabsetzung im Inland und im Ausland; wir haben höchstens zu bedauern, daß man noch nicht weiter gegangen ist.

Die Industrien, deren Ruin Graf Kanitz nach den Zollherabsetzungen voraussetzt, können auch ohne Zollschutz auf dem Weltmarkt jede ausländische Konkurrenz sehr wohl bestehen. An Porzellanwaaren sind im vorigen Jahre für 6 Millionen M. eingeführt, ausgeführt aber für 30 Millionen, an Glaswaaren eingeführt für 9 Millionen, ausgeführt für 52 Millionen (Hört, hört!), und ähnlich ist es mit den anderen Industrien. Zum Nachweise des Ruins der Landwirtschaft durch die Verträge macht Graf Kanitz eine Berechnung der Produktionskosten auf. Erhebungen, die vor wenigen Jahren von kompetenter Seite für die Provinz Hannover aufgemacht sind, haben nun aber ergeben, daß je nach der Intensität der Wirtschaft ganz außerordentliche Differenzen sich zeigen. Bei Weizen betragen in

14 Wirtschaften die Produktionskosten zwischen 130 bis 192 M., bei Roggen schwanken sie von 105—181 M., bei Hafer zwischen 107—165 M. Ein Getreidepreis, bei welchem eine Wirtschaft sich gar nicht mehr lohnt, kann für eine andere noch sehr vortheilhaft sein, und ein Zoll, welcher für alle Betriebe in gleicher Weise die Preise erhöht, ist eine Prämie des Staates auch für den unleistungsfähigen und unwirtschaftlichen Betrieb. Die Produktionskosten sind auch nicht das allein Maßgebende für die Grundrente. Neben dem Gesamtaufwand an Löhnen kommt auch in Betracht, wie theuer der Grund und Boden erworben ist, und welche Schuldenlasten zu leisten ist; die letztere ist oft weit höher als die Lohnausgabe. Die Rentabilität der Landwirtschaft hängt also nicht allein ab von den Produktionskosten, sondern von dem für den Grund und Boden gezahlten Preise. Man hat also Unrecht, wenn man in den Zöllen zugleich den Schutz der nationalen Arbeit sieht; er ist vielmehr eine Belastung. Dieser Erkenntnis verschließt sich ja auch die Regierung in der Denkschrift nicht.

Es wäre wünschenswerth, daß dem Reichstage eine Uebersicht über alle diejenigen Veränderungen geboten würde, welche infolge der Gesamtheit der Verträge demnächst zu Tage treten werden. Wir hoffen, daß wir mit diesem Vertrage nicht vor einem Abschluß der Zollreform, sondern vor ihrem Anfang stehen. Wir werden jeden Zoll aufheben müssen, der unsere eigene Geschäftstätigkeit belastet und ihre Konkurrenzfähigkeit verhindert. Der Herr Reichstanzler will keine Konzession weiter machen als diejenige, die in den Verträgen sich findet. Er rüht sich, daß er dem Antrag auf Suspension der Getreidezölle allein Widerstand geleistet hat. Die Herren Agrarier stimmen ja damit überein. Ich würde sehr gern mit dem Herrn Reichstanzler gehen und die Zölle herabsetzen, aber auch sehr gern mit dem Herrn Grafen Kanitz und die Getreidezölle vorläufig aufheben, dann wieder mit dem Reichstanzler, der da gemeint hat: Wenn die Zölle einmal aufgehoben sind, dann sind sie auf Nimmerwiedersehen aufgehoben. (Heiterkeit.)

Die Zunahme der Bevölkerung ist noch in viel höherem Maße ein Motiv für die Ermäßigung der Zölle, als der Herr Reichstanzler annimmt. Seit 1879 hat sich die Bevölkerung Deutschlands um 6 Millionen vermehrt. Geht die Bewegung so weiter, so haben wir nach 10 Jahren schon 55 Millionen Menschen. Glauben Sie wirklich, daß wir den Ertrag des Bodens so steigern können, um für eine solche vermehrte Volksmenge das nöthige Brot selbst herzubringen? Das zu behaupten, wird selbst dem Verfasser der Broschüre: „Die Deutsche Landwirtschaft und die Zukunft“, Herrn von Kardorff, nicht einfallen. Mit jedem Jahre steigt also der Antheil, den das Ausland zu unserer Verjorgung beiträgt. In dem Maße aber, wie Deutschland mehr an Nahrungsmitteln aus dem Ausland braucht, muß es seinen eigenen Export an gewerblichen Gegenständen vermehren, und in Rücksicht auf diesen Punkt ist es wünschenswerth, daß der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, auch in Zukunft weiter verfolgt wird.

Daß die Getreidezölle eine Last sind, hat ja auch der Reichstanzler anerkannt. Er sprach zwar nur von den Opfern, die sie dem Staat auferlegen, aber er hätte auch ganz ruhig sprechen können von Opfern, die den Konsumenten auferlegt werden und die nun durch die Ermäßigung eine Erleichterung erfahren. Die notwendigen Folgen der neuen Verträge sind Verträge auch noch mit anderen Staaten. Schaffen wir eine feste wirtschaftliche Position in Mitteleuropa, dann wird sich kein anderer Staat diesem Vertragssystem entziehen können. Der freie Verkehr trägt vor allem zur wirtschaftlichen Hebung eines Landes bei. Das beweisen die Vereinigten Staaten, dieses Gebiet, fast so groß wie Europa, innerhalb dessen vollkommen freier Verkehr stattfindet. Die neue deutsche Handelspolitik darf nicht Halt machen an den Grenzen; sie muß so verstanden werden, daß kein Staat ausgeschlossen wird. Wenn sie ganz Europa umschließt, dann wird auch eine Festigung der deutschen Lage eintreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Böttcher (nl.) auf der Tribüne schwer verständlich: Wir haben niemals aus der Wirtschaftspolitik eine Fraktionsfrage gemacht, weil in unserer Partei sämtliche bürgerliche Berufsstände vertreten sind. Deshalb behalten wir uns bezüglich der Verträge volle Freiheit der Entscheidung vor. Keiner kann aber bestreiten, daß die Wirkung der Schutzsysteme keine ungünstige war, und mit dieser Ansicht glaube ich mich mit meiner Partei in Uebereinstimmung zu finden. Sie haben namentlich den arbeitenden Klassen großen Vortheil gebracht. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich verkenne nicht, daß der autonome Tarif unseren Export sehr geschädigt hat. (Ja also!) Bei den gegenwärtigen Verträgen handelt es sich darum, ob die Zollherabsetzungen nicht eine Erschütterung in den bisherigen Verhältnissen verursachen werden. Ich hoffe, daß die einzelnen Positionen erst nach der gründlichsten Prüfung und den eingehendsten Erhebungen bei den Betheiligten festgelegt sind. Wir werden in der zweiten Lesung selbst eine eingehende Prüfung eintreten lassen und werden dann in der Lage sein, Stellung zu nehmen. Vor Allem braucht aber die Landwirtschaft Schutz, welche die staatsverhaltenden Kräfte des Landes erzeugt. Es ist die Pflicht des Staates, in erster Linie für die Existenzfähigkeit der Landwirtschaft zu sorgen, und deshalb ist das Wichtigste die Prüfung der Frage, wie die Landwirtschaft bei den Verträgen betroffen wird. Aber den Standpunkt des Grafen Kanitz, der von vornherein auf einen Zollschutz von mindestens 5 Mark besteht, kann ich nicht theilen.

Ein sehr wichtiges Moment in den Verträgen ist auch die Behandlung der Weinproduktion. Die Weinbauer, die zum größten Theil treue Anhänger des Reiches sind, haben ebenfalls berechtigten Anspruch auf Berücksichtigung. Machen wir Deutschland zum Schlachtfeld für den italienischen und französischen Wein, so muß der deutsche Weinbau dabei empfindlich geschädigt werden.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wir befinden uns in der Bekämpfung der Verträge in der Minorität, und das ist kein angenehmes Gefühl, aber wir befinden uns auch schon früher einmal in der Minorität, als wir den Freihandel bekämpften und Abg. Bamberger seine große Rede hielt. Trotzdem haben wir, auch wenn wir in der Opposition uns befinden, die Regierung immer unterstützt, auch Fürst Bismarck, als er noch Freihändler war. Die Freisinnigen aber wurden, als dieser Mann jene Handelspolitik verließ, seine Gegner und bekämpften ihn persönlich. Nach wie

vor werde ich also die Regierung sonst unterstützen, wenn ich auch heute etwas lebhaft werden sollte. (Heiterkeit.)

Was den Standpunkt der Landwirtschaft betrifft, so stimmen selbst freihändlerische Nationalökonomien darin überein, daß die Landwirtschaft der erste Faktor des wirtschaftlichen Lebens, daß der Verkehr im Innern die Hauptfache bilden solle. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich die Notwendigkeit des Schutzes von selbst. Und weil der Schutz notwendig ist, darum bedauere ich, daß die Regierung das Mittel aus der Hand gegeben hat, die Tarife nach eigenem Bedürfnis festzusetzen. Der Reichskanzler hat freilich den ersten Rang der Landwirtschaft bestritten, indem er meinte, unter Staat wäre aus einem aderbauenden ein Industriestaat geworden, soweit ist aber selbst Herr Rickert niemals gegangen.

Mit seinen Äußerungen über die Handelsbilanz wird der Herr Reichskanzler selbst bei seinen freihändlerischen Freunden keine Bundesgenossen finden. Die Herren von jener Seite behaupten ja, daß die Handelsbilanz keinen Maßstab giebt für den zunehmenden oder abnehmenden Wohlstand der Nation. Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Doppelwährung sind aber nicht zureichend. Die besten Volkswirthe aller Länder sind der Ansicht, daß die Rehabilitation des Silbers den Zollschutz für die Landwirtschaft entbehrlieh macht. Alle Parteien haben doch ein Interesse daran, die Frage der Getreidezölle aus der Welt zu schaffen, und zwar ohne die Landwirtschaft zu schädigen. Deutschland ist in erster Reihe dazu berufen, die Frage zunächst in die Hand zu nehmen damit würde es mehr thun als durch alle Zollverträge. Die Agitation gegen die bestehenden Getreidezölle wird dadurch nur verstärkt und zuletzt kommt der Fall der Zölle unweigerlich. Das sehen wir ja an England. Die Aufhebung der Zölle daselbst hat die Landwirtschaft ruiniert. (Abg. Barth.) Sie ist nie besser gewesen als jetzt.)

Zweifellos wird der Roggenpreis wieder auf 100 oder noch niedriger sinken, wenn Rußland wieder eine gute Ernte hat. Wenn Herr Broemel die Produktionskosten der Landwirtschaft niedriger angedreht hat als die Zinszahlung, so vermag ich das nicht als richtig anzuerkennen. Woher kommt es denn, daß jetzt viele Morgen Acker aufgeforschet werden, weil ihre Bewirtschaftung kein Gewinn mehr bringt.

Bei den Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung hat die Regierung dem Interesse der Großen, der Zuckerfabrikanten, das Interesse der Kleinen, Bauern, welche die Schweinezucht betreiben, nachgegeben. Ich kann auch nicht glauben, daß die Trichinen-schau in Amerika exakt gehandhabt wird, dazu ist die Zahl der geschlachteten Schweine zu groß. Im amerikanischen Schweinefleisch werden noch jetzt Trichinen gefunden, und die amerikanische Trichine wird wohl ebenso tödtlich sein wie die deutsche. Wenn man die amerikanische Trichine freigelegt, so muß man auch die deutsche freigeben. — Auch sonst sind die Interessen des kleinen Besitzers in keiner Weise gewahrt. Die Geflügelzucht hat für den kleinen Besitzer ein großes Interesse, und es wäre ficher der deutschen Regierung ein Leichtes gewesen, Oesterreich gegenüber einen hohen Geflügelzoll durchzusetzen. — Bei der Herabsetzung der Holzölle scheint man die Verschiedenheit der Frachtsätze bei uns und in Oesterreich nicht berücksichtigt zu haben. Ungarischer Holz wird auf den österreichischen Bahnen fast kostenfrei nach Sachsen gebracht werden; glauben Sie, daß das sächsische Holz ebenso billig nach Ungarn kommen wird?

Daß bezüglich der landwirtschaftlichen Interessen Sachverständige ausgezogen sind, muß ich bezweifeln. Denn für Gaser, für welchen Oesterreich-Ungarn gar kein Interesse hat, ist der Zoll um 30 Proz. ermäßigt worden, für Gerste, an dessen Ausfuhr Oesterreich ein sehr hohes Interesse hat, nur um 10 Proz. In einer Zeit, wo die Landwirtschaft an so großer Noth leidet, kann ich eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle auf 12 Jahre nicht bewilligen, wenn nicht eine genügende anderweitige Kompensation gegeben wird. Viel eher würde ich auf eine Ermäßigung für 5 Jahre stimmen; man würde dann um so eher sehen, daß man damit einen Fehler gemacht.

Reichskanzler v. Caprivi: Bei der heutigen Wiederholung der Ausführung, daß der innere Markt hinter dem äußeren zurückgeblieben werde, hatte ich wieder das Gefühl, daß der Herr Vorredner gegen Windmühlen kämpft. Wir vernachlässigen den inneren Markt durchaus nicht; aber dieses genügt uns nicht mehr, und wir haben deshalb einen umfangreichen Export nötig. Gätten wir erst einen autonomen, d. h. einen höheren, Tarif hergestellt und uns dann auf Grund desselben aufs Handeln verlegt, so würde bis zur Fertigstellung des Tarifs eine lange Zeit darüber hingegangen sein, die von den anderen Staaten natürlich in derselben Weise benutzt worden wäre. Dieser Wettbewerb hätte immer schärfere Formen angenommen, und es wäre dann voraussichtlich ein Zustand eingetreten, der es uns überhaupt unmöglich gemacht hätte zu verhandeln. Die Herren bleiben immer die Antwort schuldig, wie das Ende davon gewesen wäre, was diesem Zustand von provisorischem Kampf hätte folgen sollen. Wenn wir so wie so nachher Verträge schließen müssen, so ist es besser, sie jetzt zu schließen; denn nachher stoßen wir nur auf größere Schwierigkeiten, weil die Verhältnisse eingewurzelt sind. Wir haben schon bei unseren jetzigen Verhandlungen mit Oesterreich Schwierigkeiten genug gehabt, dadurch, daß in der Zeit, seit bei uns das Schutzsystem besteht, dort Industrien entstanden sind, die vor zehn Jahren noch nicht existierten. Eine Menge Dinge, die wir jetzt theuer haben kaufen müssen, hätten wir vor einigen Jahren noch umsonst haben können. (Hört, hört! links.) Ich wende auf den Veredlungsverkehr hin, wo es uns überhaupt unmöglich gewesen ist, Konzeffionen zu erlangen. (Hört, hört! links.)

Darin, Deutschland einen großen Industriestaat zu nennen, sehe ich weder etwas für Deutschland Verlezendes, noch Schädliches (Heiterkeit). Die Landwirtschaft wird dadurch in keiner Weise gehindert, höchstens verbessert, denn sie hat dann zahlreichere Abnehmer.

Das Eingehen auf die Frage der Remonetisirung des Silbers ist entbehrlich. Die Frage schwebt etwas über 20 Jahre, und ich sehe nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir in der kurzen Zeit bis zum 1. Februar nur mit einem Schritt weiter kommen. Wenn die Getreidezölle, wie sie jetzt sind, ein Agitationsmittel sind, so ist auch die Doppelwährungsfrage ein Agitationsmittel, das in die Waffen und landwirtschaftlichen Kreise getragen wird, ohne auf ein weitgehendes Verständnis rechnen zu können. (Heiterkeit.)

Bei der Beurteilung des Vertrages mit den Vereinigten Staaten bitte ich, die Aufhebung des Schweineinfuhrverbots außer Betracht zu lassen. Denn dieses war nicht mit dem Bedürfnis der Landwirtschaft motivirt worden, sondern ausschließlich und immer nur mit Veterinärnnothwendigkeiten. (Sehr richtig! links.) Jetzt, wo veterinäre Garantien geboten sind, können wir nicht plötzlich die Motive ändern. Den Werth der Schweinezucht für den kleinen Mann erkenne ich an. Aber das Zurückgehen der Schweinezucht in diesem Jahre ist nicht die Folge der Aufhebung des Einfuhrverbotes, sondern der ungünstigen Verhältnisse dieses Jahres, welche es dem kleinen Manne erschweren, Schweine aufzuziehen. (Sehr richtig! links.) Ich habe auch Mitgefühl mit dem kleinen Mann, aber Sie werden doch zugeben, daß die Aufhebung des Schweineinfuhrverbotes auch den kleinen Leuten zu Gute kommt, denn größere Leute wählen ihre Nahrung meist anders. Was übrigens den Kampf der Rube gegen das Schwein angeht, so wird selbst Herr v. Kardorff damit einverstanden sein, daß dieser

Kampf in einer Weise zu Ende geführt ist, bei der die Rube sich wohl befindet. (Heiterkeit.) Bezüglich der Trichinenfrage hat, wenn eine Regierung sich vertragmäßig verpflichtet, die Aufsicht über die Fabrikation eines Nahrungsmittels zu übernehmen, eine andere Regierung schwerlich ein Recht, zu behaupten, sie werde das nicht können, so lange nicht der Nachweis geführt ist. Die Anstellung vieler Fleischbeschauer dürfte kein Moment sein, an dem die amerikanische Regierung eine ihr sonst vortheilhafte Maßregel scheitern lassen wird. Es ist bei uns eine gewisse Beunruhigung dadurch entstanden, daß in einem Städtchen am Rhein in amerikanischem Schweinefleisch Trichinen gefunden worden sind. Dieses Fleisch war aber von der amerikanischen Regierung noch nicht amtlich untersucht.

Gegenüber der Andeutung des Abgeordneten, er würde sich einen Vertrag auf 5 Jahre wohl gefallen lassen, beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß die verbündeten Regierungen sich einen Vertrag auf 5 Jahre nicht gefallen lassen würden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole): Wir sind mit den vorliegenden Verträgen vollständig einverstanden, und sie haben uns keine Enttäuschung bereitet. Wir sind der Meinung, daß die Regierung das Richtige getroffen hat in der Bemessung der Zollsätze. Die Landwirtschaft müssen ihr eigenes Produktionsinteresse dem Gesamtinteresse hintanziehen, denn von diesen Gesamtinteressen werden auch sie betroffen. Die Landwirtschaft darf nur einen Schutz ihrer Produktion verlangen, nicht aber eine direkte Unterstützung. Die von der Regierung beantragten Zollsätze bilden aber einen genügenden Schutz.

Abg. Dr. Kropatschek (H): Ich bin bereits Schutzzöllner gewesen, als in Deutschland noch die Freihandelsära war. Die Landwirtschaft bedarf des Schutzes, und entzieht man ihn ihr, so leidet das Vaterland Schaden. Wie kommt die Regierung dazu, bei diesen Verträgen Opfer nur von der Landwirtschaft zu verlangen? Der Reichskanzler schätzt offenbar die Industrie höher als die Landwirtschaft.

Die Rücksichtnahme auf die industriellen Arbeiter ist einseitig; es giebt doch auch landwirtschaftliche Arbeiter. Das Proletariat in den Großstädten wird gerade großgezogen durch die Begünstigung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft. Bei einem Zollsatz von 3,50 Mark kann die Landwirtschaft schon nicht prosperiren; und dabei kann uns der Reichskanzler nicht einmal die Garantie geben, daß dieser Zollsatz in den nächsten 12 Jahren bestehen bleibt. Jetzt erst wird sich der größte Sturm erheben auf weitere Herabsetzung der Zölle, und jetzt wird man sich dabei auf die Regierung selbst berufen können. — Man rühmt die wirtschaftliche Koalition auch mit Rücksicht auf ihre politische Bedeutung. Nun ich glaube doch, daß der Mann, der vor dem jetzigen Reichskanzler das auswärtige Amt leitete, doch auch für die auswärtige Politik einiges Verständnis gehabt habe (sehr richtig! rechts). Glaubt man wirklich, daß dieser Mann so kurzfristig in seiner Politik gewesen ist, daß er diese Vortheile nicht selbst gesehen habe (Beifall rechts).

Der Reichskanzler hat in seiner gestrigen Rede die „Neue Kreuz-Ztg.“ angegriffen. Die von ihm erwähnte Ausführung der „Kreuz-Ztg.“ war aber nur ein Eingefandte, in welchem nur eine Thatsache gemeldet wurde. Im übrigen hätte der Herr Reichskanzler von den Ausführungen nicht so überrascht zu sein brauchen, denn dieselben sind auch an anderer Stelle, die über Oesterreich-Ungarn sehr unterrichtet ist, ausgesprochen worden. Vermuthlich hat der Herr Reichskanzler den Artikel nicht selbst gelesen. Denn der bezügliche Aufsatz hat nicht von den Deutschen ab, sondern den „Judenliberalen“. Ich glaube aber nicht, daß er „Judenliberalen“ und Deutsche identifiziren dürfte. (Beifall rechts.) Der Reichskanzler hat von der „Kreuz-Ztg.“ gemeint, er wisse nicht, ob sie ein Parteiorgan der Konservativen sei. Die „Kreuz-Ztg.“ war niemals ein Parteiorgan, sondern ging ihren eigenen Wege. Aber in dieser Frage sieht die Mehrheit der Fraktion und der konservativen Partei hinter der „Kreuz-Ztg.“ Ebenso war es früher Mode, von der „Kreuz-Ztg.“ zu sagen, sie bilde sich ein, preußischer zu sein, als jede andere. Dies ist nicht wahr. Jeder aber weiß, was die „Kreuz-Ztg.“ seit 1848 für das Preußenthum gewesen ist, und daß man es ihr aus diesem Grunde nicht übelnehmen kann, wenn sie auf ihr Preußenthum stolz ist.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich hatte ein Recht zu sagen, die „Kreuz-Zeitung“ mache den Anspruch preussischer zu sein als andere. Jedenfalls hat sie den Anspruch gemacht, preussischer zu sein, als ich. Denn es ist noch nicht lange her, daß sie mir vorgeworfen hat, ich vertreibe mich hinter den König; etwas, was ein preussischer Offizier noch nie gethan hat (Zustimmung). Der betreffende Artikel steht auf der ersten Seite der „Kreuz-Zeitung“. Uebrigens habe ich ihn zuerst ohne Einleitung in den „Samburger Nachrichten“ gelesen (hört! hört! links). Wenn ich die deutschen und jüdischen Liberalen mit einander verwechselte, so war das berechtigt. Denn wenn gewisse deutsche Zeitungen sich mit dem Deutschtum, namentlich mit der deutschen Presse in Oesterreich beschäftigen, so fehlt das Wort „Judenliberalen“ in der Regel nicht.

Abg. Simonis (Gläser) erklärt sich gegen die Herabsetzung der Weinzölle, welche die elsaß-lothringische Weinproduktion in eine arge Lage zu bringen geeignet sei. Ebenso werde die Ermäßigung des Traubenzuckers sehr schädlich wirken.

Unterstaatssekretär v. Schraut verweist dem Vorredner gegenüber darauf, daß der Konsum der leichten deutschen Weine nur befördert werden könne durch Verschnitt mit den alkoholreichen italienischen Weinen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 11. Dez. Eine so gründliche erste Lesung, wie jetzt bei den Tarifverträgen, hat der Reichstag vielleicht noch niemals vorgenommen. Diese Generaldebatte hat wenigstens heute die Anzeichen einer außerordentlich ins Einzelne gehenden Spezialdebatte gehabt. Der Charakter des heutigen Verhandlungstages wird im Gegensatz zu gestern dadurch bestimmt, daß das Für und Gegen in zahlreichen und verhältnismäßig kurzen Reden mit fast durchgängiger Hervorhebung von Einzelpunkten zum Ausdruck kam. Bedenken hinsichtlich des Einflusses der Weinzollermäßigung auf die einheimische Produktion wurden nicht nur vom Abg. Simonis, sondern auch von dem Nationalliberalen Böttcher geäußert. Wie gestern unterzog sich heute abermals Herr v. Caprivi der Aufgabe, diese Bedenken zurückzuweisen. Herr v. Caprivi erklärte wiederholt, daß die deutsche Rothweinfabrikation durch den billigen Bezug von italienischen Verschnittweinen gefördert werden könne und müsse. Die dabei gehegte Voraussetzung, daß sehr vieles in Deutschland als französischer Rothwein getrunken werde, was nicht französischen Ursprungs sei, mag zutreffen, aber von Sachverständigen hören wir, daß es doch nicht richtig ist, wenn gesagt wird, der Bordeauxwein, der wirkliche und echte, lasse sich durch Veredlung deutschen Produktes mittels italienischen Verschnittweines zurückdrängen. Wegen die Ermäßigung der betreffenden Zölle

beweist der Einwand selbstverständlich nichts. Herr v. Caprivi ging heute auch noch in andere Details mit Bereitwilligkeit ein, und die Schwierigkeit, die heutige Verhandlung zusammenfassend zu kennzeichnen, ergibt sich gerade daraus, daß aus den einzelnen Parteien sehr verschiedene Anregungen kamen, die unter einander keinen Zusammenhang hatten, denen aber der Reichskanzler sofort gerecht zu werden versuchte. Schon vor Herrn v. Caprivi, gleich beim Beginn der Sitzung hatte sich Freiherr v. Marschall mit dem Grafen Kanitz auseinandergesetzt. Die Insinuation des Agrarierführers, daß Herr v. Caprivi schlecht berathen gewesen sei, als er die Tarifverträge abschloß, wurde vom Staatssekretär im Auswärtigen Amt mit derselben Schärfe und Schroffheit zurückgewiesen wie gestern von Herrn v. Caprivi. Graf Kanitz wird auf diese herbe Abfertigung wohl erst morgen antworten. Die Kosten des agrarischen Ansturms gegen die Tarifverträge wurden heute durch zwei andere, nicht weniger leidenschaftliche Kämpen, von der rechten Seite bestritten, durch Herrn v. Kardorff und dann durch den Kreuzzeitungsredakteur Dr. Kropatschek. Daß Herr v. Kardorff eine Rede halten sollte, in der nicht vom Bimetallismus gesprochen wird, kann man nicht verlangen. In der That drehte sich auch die heutige Leistung des sehr agilen freikonservativen Abgeordneten um diese seine Spezial- und Leibfrage. Herr von Kardorff meint es garnicht so schlimm, wie man glauben sollte. Er will die Tarifverträge gern annehmen, er will sogar auf die Getreidezölle ganz und gar verzichten, nur eine kleine Bedingung stellt er, und die ist, daß zuvor das Silber „remonetisirt“ wird. Zuletzt kam er aber doch noch weiter entgegen und erklärte, auch ohne diese Bedingung möchte er für die Tarifverträge stimmen, nur nicht auf zwölf Jahre, sondern auf fünf Jahre. Herr v. Caprivi, der wiederholt schon durch einen angenehmen und erfrischenden Humor eine beagliche Stimmung im Parlament erzeugt hat, ist offenbar ein viel zu geistiger Feinschmecker, als daß er sich hätte die Gelegenheit entgehen lassen, die Kardorff'sche Rede mit der angemessenen leichten Ironie zu beantworten. Das gelang ihm denn auch ausgezeichnet. Aber im Scherz steckte zugleich der bittere Ernst, als der Reichskanzler erklärte, schon bei den jetzigen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn seien manche Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß seit dem Bestehen unseres Zolltarifs im Nachbarlande Industriezweige sich gebildet hätten, die vormals nicht vorhanden waren. Bei manchen Positionen, wo wir jetzt in den Verhandlungen einen hohen Preis zu zahlen hatten, würden wir noch vor einigen Jahren kostenfrei davongekommen sein. So sei u. a. ein österreichisches Zugeständniß in Bezug auf den wichtigen Veredlungsverkehr nicht zu erreichen gewesen. Aus der Entgegnung auf die Kardorff'schen Silberchwärmerieen gewann man wiederholt den Eindruck, daß Herr v. Caprivi ein viel zu besonnener Mann ist, als daß er zum Anhänger der Doppelwährungsagitation werden könnte. Zwar sprach er sich „auf diesem zu den schwierigsten Gebieten der Welt gehörigen Felde“ die erforderliche Sachkenntniß noch ab, aber man braucht sich nur zu erinnern, daß gerade jetzt die Abstoßung der österreichischen Silberthaler gesetzlich geregelt werden soll, um sich zu sagen, daß die gegenwärtige Regierung noch weniger als die frühere daran denkt, bimetallistische Experimente zu machen. Das abermalige unvermeidliche Plaidoyer des Herrn v. Kardorff für die Doppelwährung ist übrigens weniger als sonst noch am Plage in einem Augenblick, wo der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Harrison, das Staatenhaus mit einer Bottschaft eröffnet hat, die für die Beschränkung der freien Silberausprägung eintritt. Wesentlich erster war der Ton der Auseinandersetzung zwischen Herrn v. Caprivi und dem Abg. Dr. Kropatschek. Man weiß, um was es sich handelt. Herr v. Caprivi hat gestern jenen unangenehmen Kreuzzeitungsartikel berührt, der im Namen eines antisemitischen Aktionskomitees Slovaken und Kroaken, Tschechen und Slovenen als Sturmfronte gegen die Tarifverträge aufbietet. Die scharfen Worte, die der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit gegen die „Kreuzztg.“ fallen ließ, haben offenbar ihre Wirkung gethan. Bei der Erwiderung des Abg. Kropatschek braucht man sich wohl nicht länger aufzuhalten. Um so bemerkenswerther erscheint uns der Ton der kurzen Caprivi'schen Entgegnung. Es steckt im Reichskanzler offenbar ein Fonds von, wofür der Ausdruck gestattet ist, leidenschaftlicher Zähigkeit, die nur der rechten Gelegenheit bedarf, um durch die glatte Oberfläche seiner sonstigen Ruhe hindurchzubrechen. Man hat das gestern schon bei der Reprimande gegen den Grafen Kanitz gesehen und gehört. Heute war der Ton ein anderer, kein erbitterter, aber darum nicht weniger schneidend. „Die Kreuzzeitung“ hat mir vor Kurzem vorgeworfen“, rief der Reichskanzler aus, „ich verträuche mich hinter den König, etwas, was ein preussischer Offizier noch nie gethan hat.“ Den zur Erörterung stehenden Kreuzzeitungsartikel hat Herr v. Caprivi „zuerst in den „Samb. Nachr.“ gelesen.“ Der Tonsall, in welchem das gesagt wurde, ist un-nachahmlich. Um das Bild der Debatte zu vervollständigen, sei noch kurz festgestellt, daß der Abg. Brömel Namens der Freisinnigen, und der Abg. Komierowski Namens der Polen trotz einzelner Ausstellungen ihre Zustimmung zu den Tarifverträgen erklärten. Morgen wird die erste Lesung zu Ende geführt werden.

— Dem Bundesrath ist nunmehr auch der gestern abgeschlossene Handelsvertrag mit der Schweiz zur Zustimmung zugegangen. Die Berathung desselben in den Ausschüssen soll morgen, in dem Plenum des Bundesraths am Montag stattfinden. In diesem Tage wird auch die Vorlegung des Vertrags an den Reichstag erwartet.

— Abg. v. Kardorff dementirt in der „Post“ die Nachricht, daß er an den Fürsten Bismarck in Betreff der Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen eine Anfrage gerichtet und hierauf einen ablehnenden Bescheid erhalten habe. — Die betreffende Nachricht war von der „Kreuzztg.“ aufgebracht. Die „Freiz. Ztg.“ hört, daß

die irrthümliche Nachricht durch ein anderes Telegramm des Abg. v. Kardorff an den Fürsten Bismarck veranlaßt worden ist, welches die Befürwortung einer süddeutschen Petition gegen die Handelsverträge betreffen haben soll.

Das Kreuzer geschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Pelagia“ — mit dem Geschwaderchef Kontre-Admiral Salois an Bord — „Alexandrine“ und „Sophie“, beabsichtigt am 12. ds. Mts. nach Montevideo in See zu gehen.

Dortmund, 11. Dez. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der heute hier stattgehabten Erziehung eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Louis Berger wurden 1422 Stimmen abgegeben. Hier von erhielten Ehrenamtmann Schulze-Bellinghausen in Stockum (nationalliberal) 1230 Stimmen, und Ehrenamtmann Westermann in Büttendortmund (nationalliberal) 189 Stimmen. Ersterer ist sonach gewählt.

Bonn, 10. Dez. „Geheimrath“ Baare ist nach der „Sag. Ztg.“ an Lungen- und Rippenfellentzündung erkrankt.

Türkei.

* Nach einer Konstantinopeler Meldung der „Vol. Kor.“ hat der General-Gouverneur von Kreta, Mahmud Dschelal-Eddin Pascha, zur Hintanhaltung der auf der Insel unausgesehrt vorfallenden Mordthaten an die ihm unterstehenden Behörden ein Zirkular erlassen, worin er dieselben auffordert, der Bevölkerung bekannt zu geben, daß in Zukunft Jeder, der einen Mord, sei es aus Rache, sei es aus irgend einem andern Motiv, begeht, zur Todesstrafe verurtheilt werden wird. Dieses Zirkular macht ferner die Mutesarrifs, Kaimakams und Mudirs für die Handlungen ihrer Subalternen verantwortlich und schreibt schließlich vor, daß, so oft ein Mord in einer Gemeinde ausgeführt wird, die Mudirs innerhalb 24 Stunden den Schuldigen ausfindig machen oder mindestens sein Signalement angeben müssen. Andernfalls würde die Absehung des betreffenden Mudirs erfolgen. — Die Pforte bereitet übrigens eine Reorganisation des Gerichtswesens auf Kreta vor. Der Ministerrath hat sich mit der Frage bereits befaßt, und es soll die Absicht bestehen, die Anzahl der Gerichte und Richter zu vermehren, sowie höhere Richter, als bis nun auf der Insel funktioniren, einzuführen.

Parlamentarische Nachrichten.

Die deutsch-konservative Fraktion hat mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, den Antrag auf Verathung der Handelsverträge in einer Kommission zu stellen. Es wird über den Antrag am Schluß der ersten Verathung namentlich abgestimmt werden. — Die Freunde der Handelsverträge in der deutsch-konservativen Fraktion haben, meint die „Freil. Ztg.“, offenbar für diesen Antrag gestimmt in der vollen Sicherheit, daß derselbe doch nicht zur Annahme gelangt. Im Seniorentontent hatten sich die Vertreter der konservativen Partei mit der Abstandnahme von der Kommissionsverathung einverstanden erklärt.

Lothales.

Vosen, 12. Dezember.

hr. Im königl. Berger-Realschulhaus hat gestern Abend in einem von Zuschauern vollbesetzten Saale die erste Aufführung des Festings Lustspiels „Der Schak“ zum Besten der Weihnachtsschweigung des Vosenen Frauen-Vereins stattgefunden. Wie wir bereits früher darauf hingewiesen haben, hat Leising die fünfaktige Komödie des römischen Dichters Plautus „Trinummus“, welche wieder der Komödie des athentischen Dichters Philemon „Der Schak“ nachgebildet ist, zu einem einaktigen Lustspiel umgearbeitet. Das Stück, welches sich durch vortreffliche Anlage und spannende Handlung, sowie sorgfältige Charakterisierung auszeichnet, enthält nur Männerrollen und eignet sich schon aus diesem Grunde ganz besonders für eine Dilettantenaufführung. Die einzelnen Rollen wurden hier von Primanern und Obersefundenanern gespielt und man muß es lobend anerkennen, daß die jungen Leute mit fichtlicher Lust und Liebe sich ihrer Aufgabe entledigt haben. Ganz ausgezeichnet wurden die Rollen des Dieners Mastavill und des Gauners Kops gespielt, aber auch die anderen Rollen des Anselmo, Philto, Staleno, Lelio und Beander wurden mit anerkennenswerthem Geschick durchgeführt und die ganze Vorstellung zeugte von dem Eifer, welchen die jungen Leute der guten Durchführung ihrer Rollen zugewendet hatten. Aber nicht bloß das Einzelspiel, sondern auch das Zusammenpiel zeugte von fleißigem Studium und geschicktem Arrangement. Die Kostüme entsprachen der kleidamen Tracht des vorigen Jahrhunderts und der Hintergrund der Bühne stellte ein von Künstlerhand gemaltes ansprechendes Stadtbild dar. Heute Abend um 7½ Uhr findet nun die zweite öffentliche Vorstellung statt und wollen wir den jungen Dilettanten auch im Interesse des guten wohlthätigen Zweckes ein volles Haus wünschen; wir sind überzeugt, daß jeder Besucher eine angenehme Stunde verleben und sich befriedigt finden wird.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 11. Dezbr. Rettungstation Bremerhaven telegraphirt: Am 11. Dezember von dem Staatsbagger Nr. 5 sieben Personen gerettet durch das Rettungsboot der Station Bremerhaven.

Westerland, 11. Dez. Ein schwerer Weststurm zertrümmerte vollständig die Wandelbahn. Die Verbindung mit dem Festlande ist seit 3 Tagen unterbrochen, weil der Dampfer sich nicht durchzuarbeiten vermag. Der Wasserstand ist ungewöhnlich hoch.

Wien, 11. Dez. Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Budgetdebatte drückte der Justizminister Graf Schönborn sein Erstaunen über die Behauptung des Abgeordneten Paschay aus, daß der deutsche Botschafter Prinz Reuß Einfluß auf den böhmischen Ausgleich genommen habe. Der Botschafter werde sicherlich nicht weniger erstaunt sein. Der Ausgleich sei allerdings eine Privatabmachung, aber nach den Erklärungen der Regierung für dieselbe bindend. Der Minister kündigte alsdann an, in der Winteression würde eine Reform der Zivilprozeßordnung eingebracht werden, wiewohl die unter dem Zeichen der Volkswirtschaft stehende Gegenwart den großen Modifikationen ungünstig sei. Die Konstitutionen von Zeitungen seien eine natürliche Folge der Schreibweise der Blätter; insbesondere sei das Vorgehen gegen die irreidentischen Zeitungen natürlich.

Rom, 11. Dez. Deputirtenkammer. Verathung der Interpellationen über die afrikanischen Angelegenheiten. Die Tribünen sind überfüllt, die Diplomatenloge ist ziemlich besetzt. Es werden acht Interpellationen über die Ergebnisse des Prozesses in Massauah, über die Kolonialpolitik der Regierung

und über das Verhalten mehrerer Generale begründet. Der Deputirte Cesali kritisirte das Verhalten der Regierung. Bovio zog seine Interpellation zurück. Imbriani erklärte, die Generale Baldissera Orero und Cosato müßten von der strafenden Gerechtigkeit getroffen werden, welche der Ausdruck der Gefühle Italiens und der italienischen Armee sein solle. Hierauf fragte Imbriani an, ob die Regierung jene verfolgen werde, welche ihre Schuld gestanden hätten, Perrone di San Martino drückte seine Entrüstung über die gegen die Offiziere der Armee geschleuderten Anschuldigungen aus. Dervon Imbriani angeregte Prozesse in Rom gegen die Generale wäre einer jener politischen Prozesse, die mit einem ungerechten Urtheile abschließen. Imbriani betheuerte, die Armee hochzuachten. Marinelli sprach sich dafür aus, daß die Generale eventuell vor das kompetente Gericht verwiesen würden.

Paris, 11. Dez. Deputirtenkammer. Der Deputirte Hubbard interpellirte die Regierung betreffs der Haltung des Klerus und verlangte, daß die Regierung vorbereitende Maßnahmen zu einer Trennung von Kirche und Staat treffe. Als der Kultusminister Fallières darauf in seiner Erwiderung das Verhalten des Erzbischofs von Bordeaux rechtfertigte, kam es zu Konflikten mit der Linken und Rechten und dem Kammerpräsidenten. Es entstand ein lebhafter Tumult; der Präsident rief den Bischof von Orleans, Freppel, zur Ordnung, nach wiederhergestellter Ruhe fuhr der Kultusminister in seiner Erwiderung fort und erklärte, daß er sich einer Trennung von Kirche und Staat widersetzen müsse. Die Regierung werde demnächst einen Gesetzentwurf über die geistlichen Assoziationen einbringen; er erfuhr aber, darin keine Einleitung für eine Trennung von Kirche und Staat zu erblicken. Hierauf vertagte die Kammer die weitere Verathung auf morgen.

Paris, 11. Dez. Hier eingegangene offizielle Mittheilungen aus Shanghai berichten, die Unruhen seien als beendet zu betrachten. In der Mongolei seien 42 Rebellen, welche der Theilnahme an den Christenmorden schuldig waren, in Pafou hingerichtet worden. Die Rebellen seien bei mehreren Zusammenstößen geschlagen worden.

London, 11. Dez. Bei dem heutigen Festessen der Delegirten der Landreform-Konferenz hielt Gladstone eine Rede. Derselbe hob darin die Nothwendigkeit hervor, die Lage der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, um die zunehmende Uebersiedelung der Landbewohner nach den Städten zu verhindern; es sei ferner nothwendig, in das Parlament eine größere Anzahl ländlicher Vertreter zu senden, ohne aber denselben die Kosten für ihre Wahl aufzuerlegen. Zum Schluß sprach sich Gladstone für eine gerechtere Vertheilung der Kommunalsteuern aus und befürwortete eine Abänderung der bestehenden Gesetze zu dem Zwecke, den ländlichen Arbeitern Vereinigungen zur Erlangung von Lohnerhöhungen zu gestatten.

Handel und Verkehr.

Wien, 10. Dez. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 7. Dezember.

Notenumlauf	438 134 000 Abn.	2 616 000 Fl.
Metallschatz in Silber	166 799 000 Abn.	96 000 "
do. in Gold	54 575 000 Abn.	131 000 "
In Gold zahlb. Wechsel	25 000 000	unverändert.
Portefeuille	173 404 000 Abn.	1 617 000 "
Lombard	28 136 000 Abn.	323 000 "
Hypotheken-Darlehen	116 661 000 Abn.	439 000 "
Pfandbriefe im Umlauf	109 354 000 Abn.	2 208 000 "
Steuerfreie Notenreserve	16 781 000 Fl.	Zunahme 3 280 000 Fl.
*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 30. Nov.		
** Paris, 10. Dez. Bankausweis.		
Baarvorrath in Gold	1 339 971 000 Abn.	1 269 000 Frs.
do. in Silber	1 255 538 000 Abn.	1 239 000 "
Portef. der Hauptb. und der Filialen	663 855 000 Abn.	126 129 000 "
Notenumlauf	3 033 683 000 Abn.	66 572 000 "
Lauf. Rechn. d. Priv.	441 836 000 Abn.	13 812 000 "
Guthaben des Staats-schatzes	268 767 000 Abn.	27 614 000 "
Gesamt-Vorhülle*)	330 474 000 Abn.	1 986 000 "
Zins- und Diskont-Er-trägnisse	12 231 000 Zun.	539 000 "
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath	85,55.	

Marktberichte.

Bromberg, 11. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 215—232 M., Roggen 220—234 M., geringe Qualität 208 bis 219 M. — Gerste 155—175 M., Braugerste 176—180 M. — Erbsen Futter-180—190 M., Kocherbsen 200—210 M. — Hafer 168 bis 175 M. — Spiritus 50er 70,50 M., 70er 51,00 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Vosen im Dezember 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. i. Grad
11. Nachm. 2	743,2	SW stürmisch	bedeckt	+ 7,8
11. Abends 9	745,7	W stürmisch	bedeckt	+ 5,2
12. Morgs. 7	748,0	„	bedeckt	+ 3,2
*) Nachts Regen und stürmischer W.				
Am 11. Dez.	Wärme-Maximum + 10,0° Cel.			
Am 11.	Wärme-Minimum + 5,0°			

Wasserstand der Warthe.
Vosen, am 11. Dez. Morgens 1,58 Meter.
11. „ Mittags 1,56
12. „ Morgens 1,56

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 11. Dez. Ermattend.
Neue 3proz. Reichsanleihe 84,15, 3½proz. L.-Pfandbr. 96,10, Koniol. Türken 17,70, Türk. Loose 61,00, 4proz. ung. Goldrente 90,40, Bresl. Diskontobank 89,00, Breslauer Wechselbank 92,00, Kreditaktien 151,10, Schlef. Bankverein 108,50, Donnersmarkt 81,75, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,00, Oberschlef. Eisenbahn 54,50, Oberschlef. Portland-Zement 84,75 Schlef. Cement 118,00, Oppeln-Zement 85,00, Schlef. Dampf. C. —, Kramsta 119,00, Schlef. Zinkaktien 209,00, Laurahütte 105,75, Verein. Delfabr. 94,00, Desterreich. Banknoten 172,80, Russ. Banknoten 198,50.

Frankfurt a. M., 11. Dez. (Schlußkurse.) Schwächer, still.
Lond. Wechsel 20,325, 4proz. Reichsanleihe 105,55, österr. Silberrente 79,20, 4½proz. Papierrente 79,70, do. 4proz. Goldrente 93,50, 1880er Loose 119,90, 4proz. ungar. Goldrente 90,00, Italiener 89,70, 1880er Russen 93,30, 3. Orientanl. 62,40, unfr. Ägypter 96,40, lomb. Türken 17,70, 4proz. türk. Anl. 82,40, 3proz. port. Anl. 32,60, 5proz. serb. Rente 84,10, 5proz. amort. Rumänier 97,00, 6proz. konjol. Mexik. 84,10, Böhm. Westb. 298, Böhm. Nordbahn 158½, Franzosen 240, Galizier 175½, Gotthardbahn 137,10, Lombarden 72½, Südb.-Böden 145,50, Nordwestb. 177½, Kreditakt. 230½, Darmstädter 122,70, Mitteld. Kredit 90,80, Reichsb. 144,00, Disk.-Kommandit 170,90, Dresdner Bank 132,10, Pariser Wechsel 80,616, Wiener Wechsel 172,42, serbische Tabakrente 85,70, Bochum. Gußstahl 112,60, Dortmund. Union 55,50, Harpener Bergwerk 148,00, Silbernta 130,00, 4proz. Spanier 66,40, Mainz 111,10.

Privatdiskont 3½ Proz.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 239½, Disk.-Kommandit 179,70, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Portugiesen —, Laurahütte —, Düxer —, Bulchtrader —, Böhmisches Westbahn —, Darmstädter —, Gotthardbahn —, Staatsbahn 239½.

Hamburg, 11. Dez. Nach plötzlicher starker Abschwächung erholt.
Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 128,75 Br., 128,25 Gd.

Wien, 11. Dez. (Schlußkurse.) Kreditaktien und Renten auf Konversionsgerichte und dadurch hervorgerufene Deckungen wesentlich höher, andere Verkehrsbereiche vernachlässigt.
Dester. 4½proz. Papier. 92,55, do. 5proz. 102,10, do. Silber. 92,20, do. Goldrente 108,40, 4proz. ung. Goldrente 104,80, do. Papierrente 101,10, Lombarden 197,50, österr. Kreditaktien 230,75, ungar. Kreditaktien 324,50, Wien. W.-B. 106,00, Elbethalbahn 222,00, Galizier 205,00, Lemberg-Geserowitz 241,25, Lombarden 83,10, Nordwestbahn 206,50, Tabakaktien 156,50, Napoleons 9,36, Marktnoten 57,97½, Russ. Banknoten 1,14½, Silbercoupons 100,00.

Paris, 11. Dez. (Schlußkurse.) Begehrter.
Nach schwachem Verlauf etwas besser. Rente fest, Portugiesen trotz ungünstiger brasilianischer Berichte befestigt, da größeres Deckungsbedürfnis, Spanier günstig, Gerichte über Abschluß neuer Anleihe treten in verstärktem Maße auf, Parquetwerthe behauptet, Russen still, Lombarden matt, Rio gedrückt auf ungünstige Lage Kupfermarktes.
3proz. amort. Rente 96,40, 3proz. Rente 95,92½, 4½proz. Anl. 104,85, Italien. 5%, Rente 91,35, österr. Goldr. 93½, 4½, ungar. Goldr. 91,12½, 3. Orient-Anl. 62,50, 4proz. Russen 1889 94,40, Ägypter 480,62, lomb. Türken 18,22½, Türkenloose 64,30, Lombarden 193,75, do. Prioritäten 313,00, Banque Ottomane 543, Panama 5proz. Oblgat. —, Rio Tinto 448,10, Tabakaktien —, Neue 3proz. Rente 94,87, 3proz. Portugiesen 33½, Neue 3proz. Russen 79,06.

London, 11. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig.
Engl. 2½proz. Consols 95½, Preuß. 4proz. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 90½, Lombarden 7½, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 94, lomb. Türken 18, österr. Silber. 79, österr. Goldrente 92, 4proz. ungar. Goldrente 90½, 4proz. Spanier 66½, 3½proz. Ägypter 89½, 4proz. unfr. Ägypter 95, 3proz. gar. Ägypter 101½, 4½proz. Tribut-Anl. 92½, 6proz. Mexik. 85½, Ottomane 11½, Suezaktien 107, Canada Pacific 93, De Beers neue 13½, Plazdiskont 2½.

Rio Tinto 17½, 4½proz. Rupees 73½, Argent. 5proz. Gold-Anleihe von 1886 61½, Argentin. 4½proz. äußere Goldanleihe 30½, Neue 3proz. Reichsanleihe 83, Silber 43½.

In die Bank floßen 14 000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 11. Dezbr. Wechsel auf London 102,60, Russ. II. Orientanleihe 102, do. III. Orientanleihe 102, do. Bank für auswärtigen Handel 257½, Petersburger Diskontobank 574, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 477, Russ. 4½proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 152½, Große Russ. Eisenbahn 253, Russ. Südwestbahn-Aktien 110½, Privatdiskont 6½.

Buenos-Ayres, 10. Dez. Goldagio 268,00.

Produkten-Kurse.
Köln, 11. Dez. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,75, do. fremder loco 25,25, p. März 23,50, p. Mai 23,60, Roggen hiesiger loco 24,25, fremder loco 26,25, p. März 24,20, per Mai 24,40, Hafer hiesiger loco 15,50, fremder 18,50, Hauböl loco 66,00, p. Mai 1892 63,80, p. Oktober 63,00. — Wetter: Stürmisch.

Bremen, 11. Dez. Kurse des Effekten- und Makler-Vereins, 5proz. Nordb. W.-Aktien und Kammern-Spinnerel-Aktien 114 Gd. 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 101½ Gd.

Bremen, 11. Dez. (Börsen- und Schlusbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Stetig. Loco 6,20 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl., loco 41 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminflieferung, Dez. 40½ Pf., Jan. 40½ Pf., Febr. 40½ Pf., März 41½ Pf., April 41½ Pf., Mai 42 Pf., Juni — Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 34½ Pf., Rohe und Brother — Pf., Fatrbanks 32 Pf.

Wolle. 168 Ballen Cap, — Ballen Natal, 18 Ballen Kamm-linge.

Hamburg, 11. Dez. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteim. loco neuer 222—230. — Roggen loco ruhig, medienb. loco neuer 220—245, russ. loco ruhig, neuer 192—198. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Hauböl (unverz.) ruhig, loco 63,00. — Spiritus matt, per Dez. 40½ Br., p. Dez.-Jan. 40½ Br., p. Jan.-Febr. 40½ Br., p. April-Mai 40½ Br. — Kaffee fest. Umsatz — Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 6,70 Br., p. Jan.-März 6,65 Br., incl. Fackzoll 45 Pf. per 100 Pfd. — Wetter: Stürmisch.

Hamburg, 11. Dez. Zuckermarkt (Schlusbericht.) Rüben-zucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg v. Dezbr. 14,42½, p. März 14,92½, p. Mai 15,15, p. August 15,40. Ruhig.

Hamburg, 11. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good abecage Santos per Dez. 69, p. März 63½, p. Mai 62, p. Sept. 60½. Begehrter.

Petersburg, 11. Dez. Produktenmarkt. Talg loco 52,00, p. Aug. —, Weizen loco 14,00, Roggen loco 13,00, Hafer loco 5,00, Hanf loco 45,00, Leinfaat loco 14,75. Wetter: Schnee.

Pest, 11. Dez. Produktenmarkt. Weizen loco matt, per

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Möstel) in Bosen.